

**Verbandssatzung des
Zweckverbandes für Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung Leipzig-
Land**

Neufassung der Verbandssatzung am 10. Juli 2014 (Beschluss Nr. 1-IV/2014)
1. Änderungssatzung am 08.06.2017 (Beschluss Nr. 1-II/2017)

§ 1

Mitglieder, Verbandsgebiet, Name und Sitz

- (1) Mitglieder des Zweckverbandes sind die Städte und Gemeinden Belgershain, Böhlen, Borsdorf, Großpösna, Jesewitz, Pegau, Leipzig, Machern, Markkleeberg, Markranstädt, Schkeuditz, Taucha, Wiedemar und Zwenkau.
Die Verbandsmitglieder mit ihren Ortsteilen sind in der Anlage 1 aufgeführt, welche Bestandteil dieser Satzung ist.
- (2) Das Verbandsgebiet setzt sich aus den Gebieten der Verbandsmitglieder zusammen, die dem Verband die Aufgabe der Wasserversorgung und/oder der Abwasserbeseitigung übertragen. Es ergibt sich aus Spalte 2 der Anlage 1 und der Anlage 2, die Bestandteil der Satzung sind.
- (3) Der Zweckverband führt den Namen „Zweckverband für Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung Leipzig-Land“(ZV WALL).
- (4) Der Zweckverband hat seinen Sitz in Leipzig.
- (5) Der Zweckverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.
- (6) Weitere Gemeinden, Zweckverbände und Verwaltungsverbände können - auch unter Berücksichtigung bestehender Staatsverträge - dem Zweckverband beitreten. Der Zweckverband kann sich mit einem oder mehreren Zweckverbänden vereinigen.

§ 2 Aufgaben

- (1) Der Zweckverband hat die Aufgabe, für und anstelle seiner Mitglieder für das in Spalte 3 der Anlage 1 genannte Gebiet hinsichtlich der Trinkwasserversorgung die öffentliche Wasserversorgung im Sinne des § 50 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (WHG) i.V.m. dem § 43 Abs. 1 des Sächsischen Wassergesetzes (SächsWG), in der jeweils geltenden Fassung, durchzuführen. Er hat insbesondere alle Wasserversorgungsanlagen zu errichten, zu unterhalten, zu erweitern und zu betreiben.
- (2) Der Zweckverband hat weiter die Aufgabe, für und anstelle seiner Mitglieder für das in Spalte 4 der Anlage 1 genannte Gebiet hinsichtlich der Abwasserentsorgung die öffentliche Abwasserbeseitigung im Sinne des § 56 WHG i.V.m. § 50 Abs. 1 SächsWG, in der jeweils geltenden Fassung, durchzuführen. Er hat insbesondere alle Abwasserbeseitigungsanlagen zu errichten, zu unterhalten, zu erweitern und zu betreiben.
- (3) Der Zweckverband hat darüber hinaus für alle in Absatz 2 genannten Mitglieder und Gebiete die Aufgabe der Beseitigung des von den öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen abfließenden Niederschlagswassers. Er schließt mit den Trägern der Straßenbaulast von Ortsdurchfahrten im Zuge von Bundes-, Staats- und Kreisstraßen Vereinbarungen gemäß der Ortsdurchfahrtrichtlinie des Bundes bzw. gemäß § 23 Abs. 5 des Sächsischen Straßengesetzes (SächsStrG), in der jeweils geltenden Fassung, ab.
- (4) Sämtliche Rechte und Pflichten der Verbandsmitglieder zur Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung und die damit verbundenen Befugnisse und Verpflichtungen gegenüber Anschlussnehmern und Dritten gehen in vollem Umfang auf den Zweckverband über. Dies gilt insbesondere für das Recht, Abgaben zu erheben. Die Verbandsmitglieder unterstützen den Zweckverband bei der Erfüllung seiner Aufgaben.
- (5) Der Zweckverband ist für die in Absatz 2 genannten Gebiete der Verbandsmitglieder gemäß § 8 Abs. 1 Satz 1 des Sächsischen Ausführungsgesetzes zum Abwasserabgabengesetz (SächsAbwAG), in der jeweils gültigen Fassung, an Stelle von Kleineinleitern abgabepflichtig.
Zur Deckung der dem Zweckverband dabei entstehenden Aufwendungen hat der Zweckverband das Recht, gemäß § 8 Abs. 2 SächsAbwAG von dem jeweiligen Einleiter oder von den Eigentümern oder an deren Stelle von den dinglich Nutzungsberechtigten des Grundstücks eine Abgabe nach einer gesonderten Satzung zu erheben.
- (6) Der Zweckverband kann sich zur Erfüllung seiner Aufgaben Dritter bedienen. Dabei kann er sich an Unternehmen beteiligen, derer er sich bedient. Er kann diesen sein Vermögen ganz oder teilweise übertragen, sofern die Unternehmen mehrheitlich Gemeinden oder deren Zweckverbänden gehören.
- (7) Der Zweckverband kann Aufgaben der Abwasserbeseitigung und Wasserversorgung für Dritte erledigen.

- (8) Der Zweckverband regelt die Bedingungen der von ihm durchzuführenden Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung durch Satzungen und/oder privatrechtliche Bestimmungen.
- (9) Der Zweckverband bestellt einen Gewässerschutzbeauftragten.

§ 3

Anlagen, Vermögen und Beteiligungsquoten

- (1) Der Zweckverband hat von den Mitgliedsgemeinden deren Auseinandersetzungsansprüche gegen den bisherigen ZV WALL sowie die Teilbetriebe der Wasserversorgung und der Abwasserbeseitigung übernommen sowie vom Zweckverband Delitzsch-Rackwitzer Wasserversorgung (DERAWA) die den ehemaligen Gemeinden Glesien, Radefeld – ohne den Ortsteil Wolteritz – und der Gemeinde Zwochau zuzurechnenden Teilbetriebe der Abwasserbeseitigung. Zu den genannten Teilbetrieben gehören insbesondere Anlagen, Einrichtungen, Grundstücke und übriges Vermögen mit allen Aktiva und Passiva sowie Personal.
- (2) Die Verbandsmitglieder sind verpflichtet, ihnen gehörende Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen auf den Zweckverband zu übertragen, die für die Erfüllung der Aufgaben des Zweckverbandes erforderlich sind. Eine Vermögensauseinandersetzung findet nur insoweit statt, als bestehende Verbindlichkeiten bei den Mitgliedern des Zweckverbandes, insbesondere Kredite, vom Zweckverband übernommen werden, sofern sich daraus nicht eine unterschiedliche Behandlung unter den Mitgliedern ergibt. In diesem Fall ist gleichzeitig mit der Vermögensauseinandersetzung festzulegen, wie die unterschiedliche Behandlung auszugleichen ist.
- (3) Soweit einzelne Verbandsmitglieder über Anlagen der Wasserversorgung oder der Abwasserbeseitigung verfügen, die ohne Eigenleistung des Verbandsmitgliedes erstellt wurden, sind diese unentgeltlich auf den Verband mit allen Nutzungsrechten zu übertragen.
- (4) Alle bestehenden Rechte der Mitglieder auf dem Gebiet der Wasserversorgung und der Abwasserbeseitigung, insbesondere Genehmigungen, Erlaubnisse, Bewilligungen und andere Befugnisse gehen auf den Zweckverband über. Die Mitglieder sind verpflichtet, ihnen gehörende öffentliche Straßen, Wege und Plätze dem Zweckverband unentgeltlich für die Verlegung von Anlagen zur Verfügung zu stellen.
- (5) Der Zweckverband hat dem Abwasserzweckverband Weiße Elster und dem Abwasserzweckverband zur Reinhaltung der Parthe die diesen zuzuordnenden Teilbetriebe der Abwasserbeseitigung übertragen. Ebenso hat er die der ehemaligen Gemeinde Podelwitz zuzurechnenden Teilbetriebe der Wasserversorgung auf den Zweckverband Delitzsch-Rackwitzer Wasserversorgung (DERWA) übertragen sowie die der Abwasserbeseitigung auf den Abwasserzweckverband Oberer Lober.

- (6) Die Mitglieder des Zweckverbandes treten mit ihrem Beitritt alle Vermögenszuordnungs- und Restitutionsansprüche an diesen ab, die ihnen an seinem Vermögen nach Abs. 1 und 2 zustehen.
- (7) Sofern zu einem späteren Zeitpunkt Verbandsmitglieder dem Zweckverband beitreten, ist vor dem Beitrittsbeschluss Einvernehmen zwischen Beitrittswilligen und dem Zweckverband über den Umfang sowie die Art und Weise der zu übernehmenden betriebsnotwendigen Anlagen herbeizuführen.

Das Einvernehmen ist schriftlich festzuhalten.

- (8) Der Zweckverband kann auch Anlagen Dritter zur Erfüllung seiner Aufgaben käuflich erwerben, pachten oder auf vertraglicher Basis betreiben sowie Verträge zur Betreibung von Anlagen abschließen.
- (9) Die dem Zweckverband dienenden Anlagen sind im Verbandsplan Wasserversorgung und im Verbandsplan Abwasserbeseitigung darzustellen. Die Verbandspläne sind stets zu aktualisieren.
- (10) Für das jeweilige Haushaltsjahr ist Maßstab für die Ermittlung des anteiligen Eigenkapitals eines Verbandsmitglieds am Zweckverband die Einwohnerzahl des durch den Zweckverband ver- und entsorgten Gebietes des Verbandsmitglieds im Verhältnis zur Gesamteinwohnerzahl des Zweckverbandsgebietes. Maßgeblich für die Einwohnerzahl des Verbandsmitglieds ist die vom Statistischen Landesamt zum 30. Juni des Vorjahrs fortgeschriebene Einwohnerzahl. Sofern das Verbandsmitglied nur für einzelne Gemeindeteile im Zweckverband Mitglied ist, sind die Einwohnerzahlen der jeweiligen Gemeindeteile nach den Angaben der zuständigen Meldebehörde maßgebend. Ist eine der Einwohnerzahlen nach Satz 2 oder 3 noch nicht bekannt, gelten für alle Verbandsmitglieder die zuletzt für die Berechnung verwendeten Einwohnerzahlen. Ist ein Verbandsmitglied ein Zweckverband, gilt als Einwohnerzahl die Summe der nach den vorstehenden Sätzen ermittelten Einwohner der Mitglieder dieses Zweckverbandes.

§ 4 Organe

- (1) Organe des Zweckverbandes sind die Verbandsversammlung, der Verwaltungsrat und der Verbandsvorsitzende.
- (2) Die Mitglieder der Verbandsorgane sind ehrenamtlich tätig.
- (3) Die Verbandsversammlung beschließt durch Satzung über die Höhe der Aufwandsentschädigung für die ehrenamtliche Tätigkeit.

- (4) Soweit sich aus dieser Satzung und dem SächsKomZG nichts anderes ergibt, sind auf die Verbandsversammlung und den Verwaltungsrat die Bestimmungen über den Gemeinderat und auf den Verbandsvorsitzenden die Bestimmungen über den Bürgermeister der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) in der jeweils gültigen Fassung, sinngemäß anzuwenden.

§ 5

Verbandsversammlung

- (1) Die Verbandsversammlung ist das Hauptorgan des Verbandes. Sie besteht aus einem Vertreter einer jeden Mitgliedsgemeinde nach Absatz 2 und weiteren Vertretern der Mitgliedsgemeinden nach Satz 3. Jedes Verbandsmitglied entsendet neben dem Vertreter nach Absatz 2 je einen weiteren Vertreter, soweit die Einwohnerzahl des Verbandsmitgliedes 50.000 Einwohner übersteigt. Für die Ermittlung der Einwohnerzahl gilt § 3 Abs. 10 Sätze 2 bis 5 entsprechend. Die Vertreter der Verbandsmitglieder nach Absatz 2 können sich durch einen Vertreter oder durch einen Beauftragten nach Maßgabe der kommunalverfassungsrechtlichen Bestimmungen vertreten lassen. Für jeden weiteren Vertreter eines Verbandsmitgliedes kann ein Verhinderungsstellvertreter bestellt werden.
- (2) Die Verbandsmitglieder werden in der Verbandsversammlung durch den Bürgermeister vertreten, sofern die Mitgliedsgemeinde nicht einen anderen leitenden Bediensteten der Mitgliedsgemeinde zum Vertreter wählt.
- (3) Die weiteren Vertreter der Verbandsmitglieder und ihre Stellvertreter werden von dem jeweiligen Stadtrat, Gemeinderat oder der jeweiligen Verbandsversammlung des Mitgliedsgliedes für die Dauer seiner/ihrer Wahlperiode aus seiner/ihrer Mitte gewählt; nach Ablauf der Wahlperiode führen sie die Geschäfte bis zur Neuwahl der weiteren Vertreter fort. Verliert ein gewählter Vertreter der Verbandsversammlung sein Mandat in dem entsendenden Gremium des Verbandsmitgliedes, endet auch seine Tätigkeit in der Verbandsversammlung. Das jeweilige entsendende Gremium wählt dann einen Nachfolger für die Verbandsversammlung.
- (4) Jedem Verbandsmitglied steht je angefangene 1.000 Einwohner eine Stimme zu. § 5 Abs. 1 Satz 3 und § 3 Abs. 10 Sätze 2 bis 5 gelten entsprechend. Auf ein Verbandsmitglied dürfen jedoch höchstens zwei Fünftel der Gesamtstimmenzahl entfallen. Die Stimmenzahl wird entsprechend gekürzt. Die Stimmen eines Verbandsmitgliedes können nur einheitlich durch dessen Vertreter nach Absatz 2 abgegeben werden.
- (5) Die Verbandsversammlung gibt sich eine Geschäftsordnung, die ihren Geschäftsgang wie jenen des Verwaltungsrates regelt.

§ 6

Zuständigkeit der Verbandsversammlung, Geschäftsgang

- (1) Die Verbandsversammlung ist das oberste Willens- und Beschlussorgan des Zweckverbandes.

- (2) Die Verbandsversammlung beschließt ausschließlich über
 1. den Erlass, die Änderung und die Aufhebung
 - a) der Verbandssatzung,
 - b) anderer Satzungen und
 - c) der Geschäftsordnung.
 2. den Beitritt weiterer Mitglieder,
 3. die Feststellung und Änderung des Haushaltsplanes,
 4. die Feststellung des Jahresabschlusses,
 5. die Festsetzung von Umlagen, Kostenerstattungen und sonstigen Abgaben gegenüber den Verbandsmitgliedern
 6. die Wahl des Verbandsvorsitzenden und die Wahl der sechs weiteren Verwaltungsratsmitglieder (neben dem Verbandsvorsitzenden als geborenem Mitglied des Verwaltungsrates),,
 7. die Aufnahme von Krediten, die Übernahme von Bürgschaften, den Abschluss von Gewährverträgen, die Bestellung sonstiger Sicherheiten sowie den Abschluss von wirtschaftlich mit diesem gleichzustellenden Rechtsgeschäften,
 8. die Verfügung über Vermögen des Zweckverbandes, den Erwerb, die Veräußerung und die dingliche Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten, wenn der Wert den Betrag von 25.000 EUR übersteigt,
 9. die Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben, wenn der Wert den Betrag von 10.000 EUR übersteigt,
 10. die Stundung, die Niederschlagung oder den Erlass fälliger Ansprüche des Verbandes sowie die Führung von Rechtsstreiten und den Abschluss von Vergleichen, wenn der Wert den Betrag von 10.000 EUR übersteigt,
 11. die Errichtung, die Übernahme, die wesentliche Veränderung, die vollständige oder teilweise Veräußerung und die Auflösung von Unternehmen und öffentlichen Anlagen, Betrieben und Einrichtungen des Zweckverbandes sowie die unmittelbare und mittelbare Beteiligung an solchen,
 12. den Beitritt zu Zweckverbänden und den Austritt aus diesen,
 13. die Beteiligung an privatrechtlichen Unternehmen sowie die Umwandlung der Rechtsform von Betrieben und Einrichtungen,
 14. die Bewirtschaftung von Ausgaben des Haushaltsplanes ab einem Betrag von 125.000 EUR,
 15. die Bestellung von Vertretern des Zweckverbandes in andere Zweckverbände, in denen er Mitglied ist, sowie die Wahl von Vertretern des Zweckverbandes in Aufsichtsratsgremien von wirtschaftlichen Unternehmen, an denen er beteiligt ist,
 16. die Übernahme neuer Verpflichtungen, für die keine gesetzliche Verpflichtung besteht,
 17. die Einstellung, Höherstufung sowie Kündigung des Geschäftsführers und stellvertretenden Geschäftsführers,

18. das Ausscheiden von Mitgliedern,
 19. die Rückübertragung von Aufgaben auf Verbandsmitglieder und die Auflösung des Zweckverbandes,
 20. die Beauftragung eines kommunalen Rechnungsprüfungsamtes oder eines Rechnungsprüfers, eines Wirtschaftsprüfers oder einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft für die örtliche Prüfung des Jahresabschlusses.
- (3) Beschlüsse nach Absatz 2 Ziffer 1 a), 2, 12, 13, 18, 19 bedürfen einer Mehrheit von mindestens drei Vierteln der Stimmen aller Vertreter in der Verbandsversammlung; im Übrigen beschließt die Verbandsversammlung mit einfacher Mehrheit der anwesenden Stimmen, soweit das Gesetz oder diese Satzung keine andere Regelung treffen.
 - (4) Die Verbandsversammlung kann dem Verwaltungsrat und dem Verbandsvorsitzenden einzelne, außer die in Absatz 2 genannten, Aufgaben zur Beratung oder dauernden Erledigung übertragen.
 - (5) Die Verbandsversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte aller Verbandsmitglieder vertreten und stimmberechtigt ist.
 - (6) Die Verbandsversammlung tritt zusammen, wenn es die Geschäftslage erfordert; sie muss jedoch mindestens einmal im Jahr zusammentreten. Die Verbandsversammlung muss einberufen werden, wenn dies von mindestens einem Fünftel der Verbandsmitglieder unter Nennung des Verhandlungsgegenstandes gefordert oder vom Verwaltungsrat beschlossen wird. In Eilfällen kann die Verbandsversammlung ohne Frist, formlos und nur unter Angabe der Verhandlungsgegenstände einberufen werden.
 - (7) Ist die Verbandsversammlung bei einer ordnungsgemäß einberufenen Sitzung nicht beschlussfähig, findet eine zweite Sitzung statt, in der sie beschlussfähig ist, wenn mindestens drei Verbandsmitglieder anwesend und stimmberechtigt sind. Bei der Einberufung der zweiten Sitzung ist hierauf hinzuweisen.
 - (8) Beschlüsse können im schriftlichen Verfahren gefasst werden. Über Gegenstände einfacher Art und geringer Bedeutung kann auch im elektronischen Verfahren beschlossen werden; ein hierbei gestellter Antrag ist angenommen, wenn kein Verbandsmitglied widerspricht.

§ 7 Verwaltungsrat

- (1) Der Verwaltungsrat besteht aus dem Verbandsvorsitzenden als geborenem Mitglied und sechs weiteren Verwaltungsratsmitgliedern, die aus der Mitte der Verbandsversammlung gewählt werden. Verbandsmitglieder mit weniger als 10.000 Einwohnern sollen im Verwaltungsrat angemessen repräsentiert sein
- (2) Der Verbandsvorsitzende ist auch Vorsitzender des Verwaltungsrates.

- (3) In der Regel soll der gesetzliche Vertreter eines Verbandsmitgliedes nach § 5 Abs. 2 Verwaltungsratsmitglied sein; im Ausnahmefall kann ein/e Bedienstete(r) eines Verbandsmitgliedes im Sinne von § 59 SächsGemO in den Verwaltungsrat gewählt werden.
- (4) Jedes Verwaltungsratsmitglied hat eine Stimme.
- (5) Der Verwaltungsrat ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder vertreten und stimmberechtigt ist. Er beschließt mit einfacher Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder. Im Übrigen gelten für den Geschäftsgang des Verwaltungsrates die für die Verbandsversammlung maßgebenden Bestimmungen entsprechend.

§ 8 Zuständigkeit des Verwaltungsrates

- (1) Der Verwaltungsrat entscheidet über alle Angelegenheiten, soweit nicht die Verbandsversammlung oder der Verbandsvorsitzende zuständig sind.

Der Verwaltungsrat ist insbesondere zuständig für

1. die Verfügung über das Vermögen des Zweckverbandes, den Erwerb, die Veräußerung und die dingliche Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten, wenn der Wert über 10.000 EUR bis 25.000 EUR beträgt,
 2. die Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben zwischen Beträgen über 5.000 EUR bis 10.000 EUR,
 3. für die Stundung, die Niederschlagung oder den Erlass fälliger Ansprüche bei einem Betrag über 5.000 EUR bis 10.000 EUR,
 4. die Bewirtschaftung von Ausgaben des Haushaltsplanes über einen Betrag von 25.000 EUR bis 125.000 EUR (ausschließlich).
- (2) Der Verwaltungsrat hat die Verbandsversammlung über alle wichtigen, den Zweckverband und seine Verbandsmitglieder betreffenden Beratungsergebnisse und Beschlüsse zu informieren.
 - (3) Der Verwaltungsrat berät die Angelegenheiten vor, über welche die Verbandsversammlung beschließt.

§ 9 Verbandsvorsitzender

- (1) Der Verbandsvorsitzende ist Vorsitzender der Verbandsversammlung und des Verwaltungsrats, Leiter der Verwaltung und vertritt den Zweckverband. Er wird von der Verbandsversammlung aus der Mitte ihrer gemäß § 5 Abs. 2 entsandten Vertreter gewählt. Der Verbandsvorsitzende hat einen Stellvertreter, der von der Verbandsversammlung aus der Mitte des Verwaltungsrates gewählt

wird; der Stellvertreter muss dem Kreis der nach § 5 Abs. 2 entsandten Vertreter angehören.

Der Verbandsvorsitzende ist Vorgesetzter der Verbandsbediensteten.

Er erledigt in eigener Zuständigkeit die Geschäfte der laufenden Verwaltung und die ihm sonst durch Rechtsvorschrift, diese Satzung, von der Verbandsversammlung oder dem Verwaltungsrat übertragenen Aufgaben.

- (2) Dem Verbandsvorsitzenden werden folgende Aufgaben zur Erledigung dauernd übertragen:
1. die Bewirtschaftung von Einnahmen des Haushaltsplanes,
 2. die Bewirtschaftung von Ausgaben des Haushaltsplanes bis zu einem Betrag von 25.000 EUR,
 3. die Verfügung über Vermögen des Zweckverbandes, den Erwerb, die Veräußerung und die dingliche Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten bis zu einem Wert von 10.000 EUR,
 4. die Zustimmung zu überplan- und außerplanmäßigen Ausgaben bis zu einem Betrag von 5.000 EUR,
 5. die Stundung, die Niederschlagung oder der Erlass fälliger Ansprüche bis zu einem Betrag von 5.000 EUR,
 6. die Führung von Rechtsstreiten und der Abschluss von Vergleichen bis zu einem Wert von 10.000 EUR,
 7. die Einstellung bzw. Höherstufung und Kündigung von Bediensteten außer dem Geschäftsführer und stellvertretenden Geschäftsführer.
- (3) In dringenden Angelegenheiten, deren Erledigung auch nicht bis zu einer ohne Frist und formlos einberufenen Sitzung der sonst zuständigen Verbandsorgane aufgeschoben werden kann, entscheidet der Verbandsvorsitzende an Stelle dieser. Die Gründe für die Eilentscheidung und die Art der Erledigung sind den Mitgliedern der zuständigen Verbandsorgane unverzüglich mitzuteilen.
- (4) Der Verbandsvorsitzende kann einzelne seiner Befugnisse zur selbstständigen Erledigung auf den Geschäftsführer übertragen.

§ 10

Geschäftsführer, Bedienstete

- (1) Der Zweckverband hat einen Geschäftsführer, der von der Verbandsversammlung bestellt wird. Der Verbandsvorsitzende kann Aufgaben aus seinem Zuständigkeitsbereich dem Geschäftsführer zur Erledigung übertragen. Der Geschäftsführer ist verpflichtet, an den Sitzungen der Verbandsversammlung teilzunehmen. Der Verbandsvorsitzende kann dem Geschäftsführer Weisungen erteilen.
- (2) Der Zweckverband stellt die zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlichen Bediensteten ein. Er hat hauptamtliche Bedienstete.

§ 11 Finanzausstattung, Umlagen

- (1) Der Zweckverband deckt seinen Aufwand durch die Erhebung von Abgaben oder Entgelten von den Anschlussnehmern oder anderen Pflichtigen sowie durch Zuweisungen, Zuschüsse, sonstige Erträge und Einzahlungen sowie Darlehensaufnahmen.
- (2) Der Zweckverband kann, soweit seine Erträge und Einzahlungen nach Absatz 1 zur Deckung seines Finanzbedarfs nicht ausreichen, nach Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung getrennte Umlagen sowie Kostenerstattungen für den Betrieb und die Unterhaltung der Straßenentwässerung nach § 12 erheben.
- (3) Maßstab für die Erhebung der Umlagen ist die nach Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung getrennt zu ermittelnde Einwohnerzahl. Für die Bestimmung der Einwohnerzahl gelten § 3 Abs. 10 Sätze 2 bis 5 entsprechend. Zuvor hat der Zweckverband seine Einnahmehbeschaffungsmöglichkeiten nach Absatz 1, soweit rechtlich zulässig, auszuschöpfen.
- (4) Die Höhe der Umlagen wird für jedes Haushaltsjahr in der Haushaltssatzung festgesetzt. Die Umlagen sind mit Bescheid festzusetzen und einen Monat nach Bekanntgabe zur Zahlung fällig.
- (5) Auf die Umlagen können zum 15.02., 15.05., 15.08. und 15.11. des Jahres Vorauszahlungen in Höhe von einem Viertel der Jahresumlage erhoben werden. Liegt zum Zeitpunkt des Anforderns der Umlage kein rechtswirksamer Haushaltsplan vor, ist der Zweckverband berechtigt, Vorauszahlungen bis zu einer Höhe von drei Vierteln des Umlagebetrags des Vorjahres anzufordern. Die Vorauszahlungen werden mit den tatsächlichen Umlagen verrechnet. Absatz 4 Satz 2 gilt entsprechend.
- (6) Rückständige Umlagen- und Vorauszahlungsforderungen sind mit zwei Prozent über dem jeweiligen Basiszinssatz nach § 247 des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB) in der jeweils geltenden Fassung zu verzinsen.

§ 12 Kostenerstattungen für die Straßenentwässerung

- (1) Zur Deckung des anderweitig nicht gedeckten Kostenanteils für die Entsorgung und Reinigung des Straßenwassers von angeschlossenen öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen leisten die Verbandsmitglieder jährlich eine Kostenerstattung.
- (2) Öffentliche Straßen sind solche im Sinne von § 1 des Bundesfernstraßengesetzes (FStrG) und von § 2 SächsStrG, in den jeweils geltenden Fassungen, die im Gebiet des jeweiligen Verbandsmitgliedes liegen und von denen unmittelbar (d. h. direkt) oder mittelbar (d. h. über andere Straßen oder Anlagen) Niederschlagswasser in die öffentlichen Abwasseranlagen eingeleitet wird.

- (3) Der Zweckverband bedient sich gemäß § 2 Abs. 6 Satz 1 zur Erfüllung seiner Aufgabe der Straßenentwässerung nach § 2 Abs. 3 Satz 1 der Kommunalen Wasserwerke Leipzig GmbH (Amtsgericht Leipzig, HRB 3775). Hierfür berechnet die Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH ein jährliches Entgelt, welches den Verbandsmitgliedern nach dem Belegenheitsprinzip als Kostenerstattung zugeordnet wird. Maßstab für die Kostenerstattung ist das Verhältnis der in dem jeweiligen Gebiet des Mitgliedes entwässerten Straßenfläche zur gesamten im Verbandsgebiet entwässerten Straßenfläche, beide multiplikativ gewichtet mit den jeweils zwischen dem Zweckverband und der Kommunalen Wasserwerke Leipzig GmbH vertraglich vereinbarten Versiegelungsgraden. Die der Berechnung zugrunde liegenden Straßenflächen basieren auf der Flächenerhebung der Verbandsmitglieder; diese ist bei Bedarf zu aktualisieren.
- (4) Die Kostenerstattung ist einen Monat nach ihrer schriftlichen Anforderung zur Zahlung fällig.

§ 13 Prüfungswesen

Zur örtlichen Prüfung des Jahresabschlusses gemäß § 59 SächsKomZG in Verbindung mit § 104 SächsGemO bedient sich der Zweckverband eines kommunalen Rechnungsprüfungsamtes oder Rechnungsprüfers, eines Wirtschaftsprüfers oder einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft. Die Bestellung erfolgt durch Beschluss der Verbandsversammlung.

§14 Ausscheiden von Mitgliedern

- (1) Ein Mitglied kann aus dem Zweckverband auf schriftlichen Antrag ausscheiden (§ 62 Abs. 2 in Verbindung mit Abs. 1 SächsKomZG). Es hat dabei insbesondere nachzuweisen, dass nach dem Ausscheiden die Wasserversorgung bzw. die Abwasserbeseitigung für die Anschlussnehmer einerseits in seinem eigenen Gebiet vorteilhafter und andererseits im Gebiet der verbleibenden Mitglieder zumindest zu den gleichen Bedingungen wie bisher durchgeführt werden kann.
- (2) Das ausscheidende Verbandsmitglied hat das Recht und die Pflicht, die auf seinem Gebiet gelegenen örtlichen Anlagen, Einrichtungen und Grundstücke, die der Verband zur Erfüllung seiner verbleibenden Aufgaben nicht braucht, zum Buchwert zu übernehmen. Soweit der Verband die betreffenden Vermögensgegenstände unentgeltlich erhalten hat, sind sie dem ausscheidenden Mitglied unentgeltlich zu übertragen.

- (3) Der Anspruch des Verbandes gegen das ausscheidende Verbandsmitglied auf Bezahlung für die nach Absatz 2 zu übernehmenden Anlagen, Einrichtungen und Grundstücke mindert sich um Zuschüsse aus öffentlichen Kassen, die für die Anschaffung oder Herstellung der zu übertragenden Vermögensgegenstände gewährt wurden, soweit die Zuschüsse nicht bereits aufgelöst oder bei der Ermittlung des Buchwertes des Vermögensgegenstandes berücksichtigt wurden.
- (4) Das ausscheidende Verbandsmitglied erhält ferner auf seine Verbindlichkeit für die nach Absatz 2 übergehenden Anlagen, Einrichtungen und Grundstücke gesondert für die Bereiche Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung einen Anteil am Eigenkapital des Verbandes (vermindert um die Erträge aus unentgeltlichen Erwerben) angerechnet, der dem Einwohnermaßstab nach § 3 Abs. 10 Sätze 2 bis 5 dieser Satzung zum Zeitpunkt seines Ausscheidens entspricht.
- (5) Besteht in dem Verband, aus dem ein Mitglied ausscheidet, ein Bilanzverlust, hat das ausscheidende Verbandsmitglied bei seinem Ausscheiden den Bilanzverlust in dem Maße auszugleichen, wie dies der Fall wäre, wenn die Bilanz durch Erhebung von Umlagen ausgeglichen würde. Das Nähere ist einer Vereinbarung zwischen dem Verband und dem ausscheidenden Verbandsmitglied zu regeln.
- (6) Abweichend von den Absätzen 1 bis 5 ist ein ausscheidendes Verbandsmitglied verpflichtet, Verbindlichkeiten oder sonstige Defizite in vollem Umfang zu übernehmen, wenn und soweit diese allein hinsichtlich der Aufgabe im Gebiet des ausscheidenden Verbandsmitgliedes bestehen und bereits beim Eintritt in den Verband bestanden haben.

§ 15 Auflösung

Im Falle der Auflösung werden verbleibende Verbindlichkeiten und vorhandenes Vermögen auf die Mitglieder aufgeteilt, die dem Verband bei der Beschlussfassung über die Auflösung angehören. Die Aufteilung ist nach dem Verhältnis der Inanspruchnahme der Verbandseinrichtungen durch die Anschlussnehmer in den Gebieten der Mitglieder so vorzunehmen, dass auch künftig die ordnungsgemäße Wasserversorgung beziehungsweise Abwasserbeseitigung gewährleistet ist. § 14 Abs. 6 gilt entsprechend.

§ 16 Öffentliche Bekanntmachung

Öffentliche Bekanntmachungen des Zweckverbandes erfolgen durch Abdruck in dem als Beilage zum Sächsischen Amtsblatt erscheinenden Amtlichen Anzeiger.

§ 17 Ersatzbekanntmachung

Sind Pläne oder zeichnerische Darstellungen, insbesondere Karten, Bestandteil einer Satzung, so kann die öffentliche Bekanntmachung dieser Teile dadurch ersetzt werden, dass

1. ihr wesentlicher Inhalt in der Satzung mit Worten umschrieben wird,
2. sie in der Geschäftsstelle des Zweckverbandes, Prager Straße 36, 04317 Leipzig zur kostenlosen Einsicht durch jedermann wöchentlich mindestens zwanzig Stunden während der Dienstzeiten für die Dauer von mindestens zwei Wochen niedergelegt werden und
3. hierauf bei der Bekanntmachung der Satzung hingewiesen wird.

§ 18 Notbekanntmachung

Erscheint eine rechtzeitige Bekanntmachung in der nach § 16 und § 17 vorgeschriebenen Form nicht möglich, erfolgt die öffentliche Bekanntmachung durch Aushang an der Bekanntmachungstafel der Stadt *Markkleeberg, Rathausplatz 1 in 04416 Markkleeberg*.

Die Bekanntmachung ist unverzüglich nach Wegfall des Hindernisses in der vorgeschriebenen Form gemäß §§ 16, 17 zu wiederholen, wenn sie nicht durch Zeitablauf gegenstandslos geworden ist.

§ 19 Vollzug der öffentlichen Bekanntmachung

- (1) Die öffentliche Bekanntmachung ist mit Ablauf des Erscheinungstages des als Beilage zum Sächsischen Amtsblatt erscheinenden Amtlichen Anzeigers vollzogen.
- (2) Eine Ersatzbekanntmachung ist mit Ablauf der Niederlegungsfrist gem. § 17 vollzogen.
- (3) Die Notbekanntmachung ist mit ihrer Durchführung nach § 18 vollzogen.
- (4) Der Vollzug der Bekanntmachung ist in den Akten nachzuweisen.

§ 20 Ortsübliche Bekanntgabe

Die ortsübliche Bekanntgabe erfolgt durch Veröffentlichung in der Leipziger Volkszeitung (Ausgabe, die das Zweckverbandsgebiet umfasst). § 17 gilt entsprechend.

§ 21 Übernahme von Rechten und Pflichten, Inkrafttreten

- (1) Der Zweckverband hat die Rechte und Pflichten sowie das Vermögen des früheren Zweckverbandes Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung Leipzig-Land übernommen. Die Verbandsmitglieder haben ihre Ansprüche aus der Auseinandersetzung des früheren Zweckverbandes Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung Leipzig-Land an den Zweckverband abgetreten. Mit Inkrafttreten dieser Satzung besteht der Zweckverband im Bestand seiner nunmehrigen Mitglieder in dem in § 1 beschriebenen Aufgaben- und Gebietsumfang.
- (2) § 1 tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung dieser Änderungssatzung und ihrer Genehmigung durch die Rechtsaufsicht in Kraft.

Schütze
Verbandsvorsitzender

Anlage 1 zur Verbandssatzung des Zweckverbandes für Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung Leipzig-Land vom 10.07.2014
- Verbandsmitglieder -

Verbandsmitglied (Landkreis)	betroffenes Gemeinde-/Stadtgebiet des Verbandsmitgliedes im Zweckverband	davon Verbandsgebiet Aufgabe „Wasserversorgung“	davon Verbandsgebiet Aufgabe „Abwasserbeseitigung“
Belgershain (Landkreis Leipzig)	Belgershain	Belgershain	
Borsdorf (Landkreis Leipzig)	Borsdorf	Borsdorf	
Böhlen (Landkreis Leipzig)	- OT Großdeuben	- OT Großdeuben	- OT Großdeuben
Großpösna (Landkreis Leipzig)	- OT Güldengossa, - OT Großpösna, - OT Seifertshain, - OT Störmthal einschließlich der Flurstücke 1/6, 1/7 1/8, 1/13, 113, 113/1, 113/2, 113 a, 113 c – i, 113 k – n, 122/1, 122/2, 123 – 125, 126/1 und 126/2 und dem äußersten östlichen Abschnitt des Flurstücks 1/15 bis zur Höhe der westlichen Grundstücksgrenzen der Flurstücke 126/2 und 125 der Gemarkung Göltzschen, jedoch ohne die Gemarkung Gruna und ohne dem südlichen, auf der Magdeborner Halbinsel bis zur Wasserlinie bei 117 m NHN liegenden Teilstück des Flurstücks 1/10 der Gemarkung Magdeborn	- OT Güldengossa, - OT Großpösna, - OT Seifertshain, - OT Störmthal einschließlich der Flurstücke 1/6, 1/7 1/8, 1/13, 113, 113/1, 113/2, 113 a, 113 c – i, 113 k – n, 122/1, 122/2, 123 – 125, 126/1 und 126/2 und dem äußersten östlichen Abschnitt des Flurstücks 1/15 bis zur Höhe der westlichen Grundstücksgrenzen der Flurstücke 126/2 und 125 der Gemarkung Göltzschen, jedoch ohne die Gemarkung Gruna und ohne dem südlichen, auf der Magdeborner Halbinsel bis zur Wasserlinie bei 117 m NHN liegenden Teilstück des Flurstücks 1/10 der Gemarkung Magdeborn	- OT Güldengossa, - OT Störmthal einschließlich der Flurstücke 1/6, 1/7 1/8, 1/13, 113, 113/1, 113/2, 113 a, 113 c – i, 113 k – n, 122/1, 122/2, 123 – 125, 126/1 und 126/2 und dem äußersten östlichen Abschnitt des Flurstücks 1/15 bis zur Höhe der westlichen Grundstücksgrenzen der Flurstücke 126/2 und 125 der Gemarkung Göltzschen, jedoch ohne die Gemarkung Gruna und ohne dem südlichen, auf der Magdeborner Halbinsel bis zur Wasserlinie bei 117 m NHN liegenden Teilstück des Flurstücks 1/10 der Gemarkung Magdeborn
Jesewitz (Landkreis Nord-sachsen)	Jesewitz		Jesewitz
Leipzig (Kreisfreie Stadt)	- OT Althen, - OT Baalsdorf, - OT Böhlitz-Ehrenberg, - OT Burghausen,	- OT Althen, - OT Baalsdorf, - OT Böhlitz-Ehrenberg, - OT Burghausen,	- OT Böhlitz-Ehrenberg, - OT Burghausen,

	<ul style="list-style-type: none"> - OT Engelsdorf, - OT Holzhausen, - OT Klein- pösna/Hirschfeld, - OT Knautnaundorf, - OT Liebertwolkwitz, - OT Lindenthal, - OT Miltitz, - OT Mölkau, - OT Rehbach, - OT Rückmarsdorf, - OT Stahmeln, - OT Wiederitzsch, - OT Lützschena 	<ul style="list-style-type: none"> - OT Engelsdorf, - OT Holzhausen, - OT Klein- pösna/Hirschfeld, - OT Knautnaundorf, - OT Liebertwolkwitz, - OT Lindenthal, - OT Miltitz, - OT Mölkau, - OT Rehbach, - OT Rückmarsdorf, - OT Stahmeln, - OT Wiederitzsch, - OT Lützschena <p>außer Gebiet begrenzt durch Flurstücke 400/1, 400/2, 400/3, 401, 402, 404, 406, 409, 410, 411, 412, 413, 419/1, 419/2, 419/3, 439/1, 444, 446/7, 446/9, 446/10, 446/11, 446/14, 446/15, 470/2, 470/4, 470/5, 471/2, 471/3, 471/4, 472, 473, 509/1, 514, 573, 577/1, 577/3, 577/4, 581/2, 581/3, 581/4, 581/5, 624, 630/1, 630/2, 631/1, 632, 634/1, 843, 859, 867/1, 867/2</p>	<ul style="list-style-type: none"> - OT Knautnaundorf, - OT Liebertwolkwitz, - OT Lindenthal, - OT Miltitz, - OT Mölkau, - OT Rehbach, - OT Rückmarsdorf, - OT Stahmeln, - OT Wiederitzsch, - OT Lützschena
Machern (Landkreis Leipzig)	Machern		Machern
Markkleeberg (Landkreis Leipzig)	Markkleeberg	Markkleeberg	Markkleeberg
Markranstädt (Landkreis Leipzig)	Markranstädt	Markranstädt	Markranstädt
Pegau (Landkreis Leipzig)	<ul style="list-style-type: none"> - OT Eisdorf - OT Großschkorlopp - OT Kitzen - OT Kleinschkorlopp - OT Löben - OT Peißen - OT Scheidens - OT Seegel - OT Sittel - OT Thesau - OT Werben 	<ul style="list-style-type: none"> - OT Eisdorf - OT Großschkorlopp - OT Kitzen - OT Kleinschkorlopp - OT Löben - OT Peißen - OT Scheidens - OT Seegel - OT Sittel - OT Thesau - OT Werben 	

Schkeuditz (Landkreis Nordsachsen)	<ul style="list-style-type: none"> - OT Dölzig, - OT Freiroda, - OT Gerbisdorf, - OT Glesien, - OT Hayna, - OT Kleinliebenau, - OT Kursdorf, - OT Radefeld, - OT Schkeuditz - aus der Gemarkung Wolteritz, Flur 2, die Flurstücke 33/9, 33/10 und 222, 234 	<ul style="list-style-type: none"> - OT Dölzig, - OT Kleinliebenau, - OT Kursdorf, - OT Schkeuditz 	<ul style="list-style-type: none"> - OT Dölzig, - OT Freiroda, - OT Gerbisdorf, - OT Glesien, - OT Hayna, - OT Kleinliebenau, - OT Kursdorf, - OT Radefeld, - OT Schkeuditz, - aus der Gemarkung Wolteritz, Flur 2, die Flurstücke 33/9, 33/10 und 222, 234
Taucha (Landkreis Nordsachsen)	Taucha	Taucha	Taucha
Wiedemar (Landkreis Nordsachsen)	<ul style="list-style-type: none"> - OT Grebehna - OT Klitschmar - OT Kölsa - OT Peterwitz - OT Rabutz - OT Werlitzsch - OT Wiedemar - OT Wiesenena - OT Zwochau 		<ul style="list-style-type: none"> - OT Grebehna - OT Klitschmar - OT Kölsa - OT Peterwitz - OT Rabutz - OT Werlitzsch - OT Wiedemar - OT Wiesenena - OT Zwochau
Zwenkau (Landkreis Leipzig)	Zwenkau	Zwenkau	

**Anlage 2 zur Verbandssatzung des Zweckverbandes für Wasserversorgung und
Abwasserbeseitigung Leipzig-Land vom 10.07.2014
- räumliche Darstellung des Verbandsgebietes für den Ortsteil Störmthal –**

